

Medienmappe

Zum Hintergrundgespräch:

Schleichende Normalisierung des Rechtsextremismus in der öffentlichen und politischen Diskussion und in den Haltungen der Bevölkerung

Wir erleben gegenwärtig eine Verrohung des Sprachverhaltens. Andersdenkende, Frauen, Minderheiten und AusländerInnen werden verbal angegriffen und abgewertet. Diskriminierende und ausgrenzende Diskurse werden zunehmend salonfähig. Damit wird eine gezielte Polarisierung der Gesellschaft betrieben. Zugleich verschieben sich die Wahrnehmungen und Denkweisen über Zugehörigkeit/Inklusion und Ausgrenzung/Exklusion. In dem Hintergrundgespräch zeigen wir, wie diese schleichende Normalisierung des Rechtsextremismus in der öffentlichen und politischen Diskussion funktioniert, wie mit dem Argument der „freien Meinungsäußerung“ erfolgreiche Frauen - von Uniprofessor*innen bis Greta Thunberg – diskreditiert werden, Rassismus salonfähiger wird und die Grenzen des Sagbaren wie auch der alltäglichen Konventionen und Vorstellungen verschoben werden. In den Orientierungen der Bevölkerung zeigt sich, dass diese zum einen offen für Ressentiments und ausgrenzendes, vorurteilbehaftetes Gedankengut ist. Befunde zu solidarischen Haltungen wie auch neue quantitative Ergebnisse zu politischen Einstellungen der Bevölkerung zeigen aber auch, dass es einen starken Kern an demokratischen, solidarischen und zivilen Haltungen gibt. Die Verrohung der Sprache und die Verlockungen von extrem rechts haben also ihre Wirkungen - aber auch ihre Grenzen.

Inputs:

Ruth Wodak (University of Lancaster) – „Schamlose Normalisierung“: Diskursive Ausprägungen von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Judith Götz (Universität Wien) – „Das wird man doch noch sagen dürfen“ - Die gezielte Diskreditierung von Frauen unter dem Mantel der Redefreiheit

Martina Zandonella (SORA, Wien) – „Vor und hinter dem Spiegel“: Demokratieschädigende und demokratiestärkende Einstellungen in der Bevölkerung

Jörg Flecker (Universität Wien) – „Wir, die Unsrigen und die Tüchtigen“ – Ambivalente Haltungen der politischen Mitte und der Rechtsextremismus

Moderation: Ruth Simsa (WU Wien)

Abstracts der Inputs

„Schamlose Normalisierung“: Diskursive Ausprägungen von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Ruth Wodak, Lancaster University/Universität Wien

Derzeit erleben wir einen starken Rechtsruck, innerhalb der EU Mitgliedstaaten und auch global. Die Normalisierung betrifft einerseits die Übernahme rechtsextremer Inhalte, Ideologischer Versatzstücke und Argumentationen wie auch undemokratischer Praktiken durch die Mainstream Parteien. Andererseits sind rechtsradikale und rechtsextreme Parteien (far-right) im Mainstream angekommen, stellen in manchen Ländern die Regierung oder sind Teil einer Koalition. Um mit dem Deutschen Kulturwissenschaftler Jürgen Link zu sprechen, die ‚Normalitätsgrenzen‘ haben sich verschoben, ‚Anormales‘ ist ‚normal‘ geworden, schon rein statistisch gesehen. Wesentliche Diskursverschiebungen und neue/alte Praktiken:

- 1) Eine signifikante Diskursverschiebung betrifft ein Verhalten, das ich als „schamlose Normalisierung“ bezeichne: Viele bestehenden Konventionen wurden und werden in der politischen Auseinandersetzung immer häufiger über Bord geworfen. Dazu zählen sexistischen, antisemitische und anti-muslimische wie auch homophobe Äußerungen, die Angriffe auf Politikerinnen und Journalistinnen, die vielen lancierten Lügen und Unwahrheiten, sowohl über traditionelle Medien wie auch online und über Social Media: ‚Anything goes‘. Fakten werden zu Meinungen degradiert. Man bewegt sich in verschiedenen, voneinander völlig abgegrenzten Diskurswelten, in denen signifikant unterschiedliche Normen und Regeln gelten.
- 2) Die geballten Angriffe auf die jeweils arbiträr definierten Eliten finden vermehrt positive Resonanz, im Sinne: „endlich traut sich jemand, das zu sagen, was sich alle denken“ (vgl. Haider, Kickl und Kurz Wahlplakate September 2019). Dabei kommt einem Strohmann-Argument große Bedeutung zu: man wehrt sich gegen eine fiktive „Sprachpolizei“, gegen eine als Zensur erlebte „Political Correctness“ (obwohl Meinungsfreiheit herrscht, solange nicht gegen bestimmte Gesetze verstoßen wird).
- 3) Die Grenzen des Sagbaren haben sich signifikant verschoben; derart kommt und kam es zu einer Normalisierung von und Gewöhnung an rechtsextreme, ehemals tabuisierte Inhalte und Begriffe. Intentionale Provokationen und Tabubrüche von Politiker*innen wie Verhetzung, antisemitische und anti-muslimische Äußerungen, Anspielungen auf Nazi-Jargon bzw. dessen Euphemisierung führen trotz entsprechender Empörung zu einem Gewöhnungseffekt (z.B. ‚Ausreisezentrum‘, ‚Rückkehrzentrum‘, ‚Sicherungshaft‘, usw.).
- 4) Soros‘ (‚Silberstein‘ und ‚Rothschild‘) dienen als antisemitische Feindbilder, auf die alle Probleme projiziert werden können. Hinzu kommt, dass antimuslimische Vorurteile mit antisemitischen verknüpft werden (z.B. ‚Soros stehe hinter der sogen. ‚Invasion‘ sogen. ‚illegaler Migranten‘ in die USA und nach Europa).
- 5) Die Aushöhlung demokratischer Institutionen, die schleichende, aber häufige und systematische Umdefinierung bzw. sogar Ablehnung demokratischer Prozeduren (wie etwa die Nichtbeantwortung parlamentarischer Anfragen, das Vernachlässigen von Gutachten zu Gesetzesentwürfen, Einschüchterungsversuche und ein Untergraben der Pressefreiheit sowie Attacken auf die unabhängige Justiz)

Ruth Wodak ist emeritierte distinguished Professor für Diskursforschung an der Lancaster University (UK) und für Angewandte Linguistik an der Universität Wien. Sie hat 1974 an eben dieser promoviert und 1980 habilitiert. Sie ist Trägerin des Wittgenstein Preises für Elitewissenschaftler (1996), des Großen Silbernen Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich (2011); 2010 erhielt sie ein

Ehrendoktorat der Universität Örebro (Schweden). 2018 wurde sie mit dem Lebenswerk Preis des Frauenministeriums ausgezeichnet. Zahlreiche Gastprofessuren (z.B., in den USA, Schweden, UK, Malaysia). 2017 hatte sie den Willi Brandt Chair (Malmö) inne; 2019 war sie senior fellow am IWM. Sie ist Mitglied der Academia Europaea und der British Academy of Social Sciences. Ihre Forschungstätigkeiten umfassen kritische Diskursforschung, Sprache und Politik (Populismus Forschung), Identitäts- und Vergangenheitspolitik, Gender Studies, Migrationsforschung, und linguistische Vorurteilsforschung zu Rassismus sowie Antisemitismus

Ausgewählte Publikationen zum Thema:

Wodak, Ruth (2015a): *Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*. London, UK: Sage. (auf Deutsch 2016: *Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Berlin/Wien: Konturen).

Wodak, Ruth (2015b): Normalisierung nach Rechts: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und Kritischer Öffentlichkeit. *Linguistik Online* Jg.73/4, S. 27-44.

Wodak, Ruth (2017a): The 'Establishment', the 'Élites', and the 'People': Who's who? *Journal of Language and Politics* Jg. 16/4, S. 471-484.

Wodak, Ruth (2017b): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. *Politische Vierteljahresschriften* Jg. 59/2, S. 323-336.

Wodak, Ruth (2019): Entering the 'Post-Shame Era' – the Rise of Illiberal Democracy, Populism and Neo-Authoritarianism in EU-rop: The case of the turquoise-blue government in Austria 2017/2018. *Global Discourse*. Jg. 9/1, S. 195-213, doi:10.1332/204378919X15470487645420
Bevelander, Pieter/Wodak, Ruth (Hrsg.) (2019): *Europe at the Crossroads*. Göteborg: Nordicum

„Das wird man doch noch sagen dürfen“ - Die gezielte Diskreditierung von Frauen unter dem Mantel der Redefreiheit

Judith Götz; Universität Wien

Spätestens seit den Debatten rund um den rechten Geschichteprofessor Lothar Höbelt ist die Forderung nach freier Meinungsäußerung wieder in aller Munde. Nicht selten werden dabei diskriminierende "Äußerungen", die sich insbesondere gegen gesellschaftlich ohnehin schon benachteiligte Gruppen richten, unter dem Vorwand, dass es sich dabei um "Meinungen" handeln würde, legitimiert und normalisiert. Nicht Diskriminierung und Privilegierung werden dabei als Problem anerkannt, sondern vielmehr jeder Versuch, an diesen Benachteiligungsstrukturen etwas zu ändern. Diese Entwicklungen machen auch vor den Universitäten nicht halt. Bestätigt durch das europaweite Erstarken der extremen Rechten versuchen die Anhänger*innen dieser Ideologie verstärkt auch Diskurse im universitären Kontext zu beeinflussen. Dies zeigt durch die stärkere Präsenz diskriminierender Einstellungen im Unterricht, aber bei den immer härter ausfallenden Angriffen auf unliebsame Wissenschaftler*innen oder ganze Forschungsfelder wie Gender Studies. Die damit verbundene stetige Ausweitung der Grenzen des Sagbaren sowie die Verrohung der Sprache werden vor allem in den Attacken auf erfolgreiche Frauen* - von Uniprofessor*innen bis Greta Thunberg - deutlich, die oftmals unter die Gürtellinie zielen und von abwertenden Kommentaren zum Aussehen bis hin zu Vergewaltigungs- und Mordfantasien reichen.

Judith Goetz ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte an unterschiedlichen Universitäten, Mitarbeiterin des Fachbereichs Didaktik der politischen Bildung, Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU), des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus. Sie ist u.a. Mitherausgeberin der Sammelbände „Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘“ (2017) sowie „Rechtsextremismus: Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven“ (2019) mit mehreren Beiträgen von mir. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen bei Frauen/Gender und Rechtsextremismus sowie Antifeminismus.

„Vor und hinter dem Spiegel“: Demokratieschädigende und demokratiestärkende Einstellungen in der Bevölkerung

Martina Zandonella; SORA, Wien

Welche Auswirkungen haben rechtsextreme Narrative und Diskurse auf die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie? Unsere Studien zeigen, dass die Demokratie in Österreich nach wie vor breit verankert ist: Aktuell vertreten nahezu neun von zehn Menschen die Ansicht, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Ebenfalls weit verbreitet sind Forderungen nach einem Ausbau demokratischer Rechte – 60% sprechen sich für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, rund die Hälfte für eine stärkere Unabhängigkeit der Medien und rund ein Drittel für mehr Rechte für die Opposition aus. Der Anteil an Menschen mit autoritären Demokratievorstellungen steigt jedoch an: Menschen mit diesem Einstellungsmuster stimmen der Demokratie als bester Regierungsform zu, können sich aber unter bestimmten Umständen auch einen „starken Führer“ vorstellen und/oder sprechen sich gleichzeitig für eine Einschränkung demokratischer Rechte aus. Äußerten im Jahr 2018 34% der Menschen in Österreich derart autoritäre Demokratievorstellungen, waren es 2019 bereits 38% .

Autoritäre Demokratievorstellungen hängen wiederum stark mit rechtsextremen Narrativen zusammen: Bei den Menschen mit diesem Einstellungsmuster beobachten wir beispielsweise ein stärkeres Ingroup-Outgroup-Denken entlang von ethnischen und kulturellen Kriterien sowie ein höheres Ausmaß an pauschalisierenden gruppenbezogenen Abwertungen. Letzteres trifft derzeit am häufigsten muslimische und langzeitarbeitslose Menschen. Mit autoritären Demokratievorstellungen einher geht auch die Ansicht, dass sich „die Mächtigen“ gegen „Menschen wie mich“ verschwören bzw. eine allgemeine Skepsis gegenüber Eliten in Politik, Medien und Wissenschaft.

Hervor sticht nun, dass diese und ähnliche rechtsextreme Narrative bei der überwiegenden Mehrzahl der Menschen (noch) nicht in einer einigermaßen konsistenten Ideologie begründet sind. So äußern die Menschen Sorge vor muslimischer Überfremdung, sind jedoch gleichzeitig stolz darauf, dass Österreich vielen afghanischen und syrischen Flüchtlingen helfen konnte und einige von ihnen haben auch selbst dazu beigetragen. Die rechtsextremen Narrative erfüllen für diese Menschen jedoch eine bestimmte Funktion: Sie stellen ihnen Erklärungen für die Veränderungen in ihrer Lebenswelt zur Verfügung. Unabhängig davon, ob die Umbrüche in der Arbeitswelt, die zunehmende Diversifizierung der Gesellschaft oder die steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit im Fokus stehen: Erleben oder beobachten Menschen diese Veränderungen und wenden sich dem politischen Diskurs zu, um sie besser zu verstehen, stoßen sie seit 25 Jahren mit zunehmender Vehemenz und in zunehmender Breite auf rechtsextreme Erklärungsansätze. Dass diese in der Bevölkerung angekommen sind und wie stark dies der Demokratie bereits schadet, wird an den 38% mit autoritären Demokratievorstellungen ersichtlich.

Martina Zandonella ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener SORA-Institut und arbeitet dort seit 2008 im Bereich der Demokratie- und Partizipationsforschung.

mz@sora.at

„Wir, die Unsrigen und die Tüchtigen“ – Ambivalente Haltungen der politischen Mitte und der Rechtsextremismus

Jörg Flecker; Universität Wien

Aus einer aktuellen Untersuchung über Solidaritätsvorstellungen der österreichischen Bevölkerung¹ können wir Erkenntnisse über Elemente des Rechtsextremismus gewinnen, die in der politischen Mitte angekommen sind. In diesem Beitrag möchte ich zwei davon herausgreifen: erstens das „völkische“ Denken und zweitens den Autoritarismus.

Zum Ersten: Die Rede von „wir“ und von „den Unsrigen“ ist uneindeutig. Zunehmend schleicht sich ein ethno-nationales Verständnis ein, das die Zugehörigkeit mit der Abstammung in Verbindung bringt. In der Extremform des Kulturrassismus geht das mit der Abwertung der Fremden als ungleichwertig einher. Das äußert sich z.B. in Vorstellungen, dass bestimmte Gruppen von Migrant*innen nicht für Erwerbsarbeit taugten. Die Vorstellung eines „Wir“ wird in eine „völkische“ Richtung verschoben, indem im öffentlichen Diskurs unterstellt wird, dass es so etwas wie eine österreichische, europäische oder abendländische „kulturelle Identität“ gibt. So verlangte Sebastian Kurz im November, die neue EU-Kommission solle die „christlich-jüdische Identität“ schützen. Eine „kulturelle Identität“ gibt es nicht, wie ich ausführen möchte. Die Rede davon nährt „völkisches“ Denken und ist brandgefährlich.

Zum Zweiten: Verbreitet werden Menschen nach ihrem Arbeitsethos und nach ihrer Bereitschaft bewertet, sich in der Erwerbsarbeit zu unterwerfen und jegliche Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Wer zu Hause bleibt und „nicht arbeitet“, steht unter dem Verdacht der Faulheit. Durch die verbreitete Annahme, dass (Erwerbs)Arbeit findet, wer wirklich arbeiten möchte, wird Erwerbsarbeit zu haben zu einer Frage des Anstands. Viele zeigen autoritäre Aggressionen gegenüber Erwerbsarbeitslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen. Diese werden durch die Rede von den „Durchschummlern“ verstärkt. Die eigene Unterwerfung, die Forderung nach Unterwerfung aller und die Aggression gegen diejenigen, die aus Schwäche oder Kalkül davon abweichen, sind Elemente des Autoritarismus und des Rechtsextremismus. In Form der Intoleranz gegenüber anderen Lebensstilen und der Abwertung von weniger Leistungsfähigen findet sich Aspekte davon in der Mitte. In der Betonung der ökonomischen Verwertbarkeit des Menschen, in der Verstärkung des Drucks auf Erwerbslose und der Forderung nach Unterwerfung unter Marktzwänge berühren einander Neoliberalismus und neuer Rechtsextremismus.

Univ.-Prof. Dr. Jörg Flecker ist Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien. Er forscht zu den Themen Arbeit und Beschäftigung, Digitalisierung und Arbeit, Arbeitszeit, Transnationalisierung sowie sozio-ökonomischer Wandel und die extreme politische Rechte.

joerg.flecker@univie.ac.at

¹ www.socris-project.com; Altreiter, Flecker et al. (2019): Umkämpfte Solidaritäten, Promedia Verlag